

Stefanie Endlich

**Konsens gefunden: Eisenman Zweieinhalb  
5. Folge des Beitrags zum geplanten Denkmal für die ermordeten Juden  
Europas**

aus: kunststadt stadtkunst 46, Winter 1999, S. 9-10

Mein letzter, vierter Beitrag in "Kunststadt Stadtkunst" entstand kurz vor der Bundestagsdebatte. Die am 25. Juni getroffene Plenumsentscheidung hat nun die Voraussetzung für die Realisierung getroffen.

Der Versuch, zu einem politischen Konsens zu kommen, war dabei wieder einmal in die politische Auseinandersetzung und in den Sog des Berliner Wahlkampfes geraten. Dabei ergaben sich merkwürdige Bündnisse und Konfrontationen. Die Forderung des sich notorisch mißverstanden fühlenden Schriftstellers Martin Walser, doch die Berliner Bürger über die Realisierung entscheiden zu lassen, traf sich mit der Aussage des erklärten Mahnmals-Gegners Diepgen, er wolle als Vertreter Berlins im Auslober-Gremium dem Eisenman-Entwurf keinesfalls zustimmen, weil dieser, wie er der "Welt am Sonntag" sagte, die "Herzen und Gedanken der Berliner" beziehungsweise die "Seelen der Betrachter" nicht erreichen könne, und werde auch ein Votum aus Bonn nicht akzeptieren.

Währenddessen hatte der Bundestagsausschuß für Kunst und Medien am 20. April durch eine Mehrheitsentscheidung von Rot-Grün gegen die Unions-Stimmen eine Beschluß-Empfehlung für den Bundestag verabschiedet. Der Ausschuß tat dies nach einer Anhörung von Gedenkstättenleitern und -experten, die sich ausnahmslos gegen das von Kulturstaatsminister Michael Naumann favorisierte große "Haus der Erinnerung" aussprachen, gegen seine "Erfindung eines neuen authentischen Ortes" und die dadurch bewirkte "Entkonkretisierung des Gedenkens", wie Volkhard Knigge es formulierte, der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald. Der Bundestagsausschuß forderte das Parlament mit Mehrheit auf, für die Realisierung von Eisenmans Stelenfeld zusammen mit einem kleineren Erinnerungs- und Informationsraum zu stimmen.

Dieser Beschluß des Ausschusses für Kunst und Medien war vor allem deshalb heftig umstritten, weil er mit fraktionsmäßiger Geschlossenheit zustande gekommen war. Tatsächlich waren jedoch die Sympathien für oder gegen die diskutierten Entwürfe – so auch für Richard

Schröders Vorschlag, ein Mahnmal mit der hebräischen Inschrift des Gebots “Du sollst nicht morden” zu bauen – quer durch die Parteien gegangen. Die Trivialität des Schröderschen Vorschlags allerdings negierte die gesamte Gedankenarbeit des letzten Jahrzehnts zum Thema Mahnmal. Doch gerade weil die mit ihm verbundenen ästhetischen Ideen (Obelisk, Stele) völlig im Vagen blieben, nahmen seine Befürworter nicht wahr, daß bei einer Entscheidung für dieses Konzept die Gestaltungsdiskussion von vorn beginnen würde.

Der im Kulturausschuß für das Eisenman-Konzept gefundene Kompromiß wiederum (“Eisenman zweieinhalb”, also eine mittlere Lösung zwischen “Eisenman II”, dem puren Mahnmal, und “Eisenman III” mit angekoppeltem Holocaust-Museum) konnte nur mühsam die unterschiedlichen Sichtweisen verdecken, die bis heute fortbestehen. Während Naumann weiterhin für eine große, nun als “Lernzentrum” bezeichnete Lösung plädiert, wenngleich er einräumte, nicht zu wissen, woher er die dafür benötigten 150 bis 180 Millionen Mark nehmen sollte (Der Tagesspiegel, 30.5.), schlossen sich viele der Meinung der Gedenkstätten-Experten an, die gerade auch aus inhaltlichen Gründen eine neue, künstliche Super-Institution ablehnen, welche die öffentlichen Ressourcen und die Aufmerksamkeit der Bürger auf sich konzentrieren und von den authentischen Orten abwenden würde.

Bei der Bundestagsdebatte am 25. Juni schließlich standen diverse Anträge auf der Tagesordnung, über die nach einer dreieinhalbstündigen Aussprache nacheinander abgestimmt wurde: mehrere zur Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas, einer für ein Mahnmal mit einem “Haus der Erinnerung”, ein CDU/CSU-Antrag zur “Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit”, einer mit der Forderung, auch die anderen Opfergruppen des nationalsozialistischen Völkermords einzubeziehen, einer für Richard Schröders Vorschlag sowie der Antrag, überhaupt kein Mahnmal zu bauen (hier verbunden mit dem Vorschlag, statt dessen die bestehenden Gedenkstätten stärker zu fördern). Die Debatte selbst konzentrierte sich auf die Alternative zwischen Eisenmans Stelenfeld mit kleinerem Informationsraum und Schröders Gebotsinschrift.

Während die teils bekennerschaft-empatisch vorgetragenen, teils mit ritualisierten Floskeln, teils mit Zitaten von Celan, Nelly Sachs, Musil, Habermas oder aus dem Talmud geschmückten Redebeiträge in der Presse so hochgelobt wurden, daß diese Bundestagsdebatte gewissermaßen als Sternstunde des Parlaments erscheinen mußte, herrschte bei vielen, die die

Diskussionen der vergangenen Jahre verfolgt oder mitgeprägt hatten, Enttäuschung über das inhaltliche Niveau. Die von Anfang an verbreiteten Stereotypen wurden auch hier weitertransportiert. Alle differenzierten Argumente und Einwände zur Rolle und Funktion eines solchen Denkmals, wie sie zum Beispiel auf den Colloquien ausgetauscht wurden, schienen vergessen. Es ging nur noch darum, mit dem Denkmal “ein Bekenntnis zur geschichtlichen Verantwortung” zu setzen, ein “Zeichen der Trauer”, ein “Zeichen der Reue”, “ein Zeichen der Versöhnung”, eine “Verneigung vor den Opfern” und so weiter, und dies in Form eines unübersehbaren Zeichens. Das altbekannte Schwarzweißschema bewirkte, daß wohl nur diejenigen im Bundestag gegen das zentrale Mahnmal stimmten, die auch tatsächlich nicht an Erinnerungsarbeit und Vergangenheitsauseinandersetzung interessiert sind. Kein fortschrittlicher Politiker wollte als Gegner des Gedenkens dastehen und nach elfjähriger Debatte für die Verhinderung eines Ergebnisses verantwortlich gemacht werden, selbst wenn er dieses als fragwürdig ansah.

Keinen Widerhall fanden die von vielen Seiten formulierten Argumente, die Jan Philipp Reemtsma, Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, einige Tage zuvor in der ZEIT vom 17. Juni noch einmal in der Forderung zusammengefaßt hatte, die Mahnmals-Debatte in den notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen. Eine Bundestags-Entscheidung, so Reemtsma, sei nur glaubwürdig, wenn sie mit zwei weiteren Beschlüssen gekoppelt werde: zugunsten einer besseren Ausstattung der ungenügend geförderten “Gedenkstätten an den Orten des Mordens”; und zugunsten einer schnellen “akzeptablen Regelung der Entschädigungszahlungen an die noch lebenden Zwangsarbeiter”. Auch die Forderung von Salomon Korn, Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland und Jurymitglied beim offenen Wettbewerb, das Mahnmal auch den anderen Opfergruppen des NS-Völkermords zu widmen, fand kein Gehör. Ein entsprechender Alternativ-Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Nach der Entscheidung warf Salomon Korn dem Bundestag vor, “eine große historische Chance verpaßt” zu haben, weil er die “letzte Möglichkeit” nicht ergriffen habe, “alle Opfergruppen auf eine Stufe zu stellen. Jetzt muß der Eindruck einer Hierarchisierung entstehen.” (Der Tagesspiegel, 26. Juni)

Der Bundestag beschloß schließlich nach mehreren Abstimmungsgängen mit 439 Stimmen, Eisenmans Stelenfeld zu realisieren und durch einen Raum der Information (ein kleiner dimensioniertes “Haus der Erinnerung”) zu ergänzen. Eine Stiftung soll den Bau des Mahnmals und des Hauses vorbereiten und durchführen.

## **Der Vorhang zu und alle Fragen offen?**

Nicht alle, natürlich, denn daß das Mahnmal nun realisiert wird, ist sicher. Offen ist bisher, wie die geplante Stiftung zusammengesetzt werden soll, welche Aufgaben sie erhalten und wie sie finanziell ausgestattet werden soll, wie die Absichtserklärung konkretisiert wird, die Stiftung möge auch "die Würdigung" der anderen Opfergruppen "sicherstellen", wie das "Haus der Erinnerung" beschaffen sein, welches Profil, welche Dimension und welchen genauen Standort es erhalten und in welchen Bezügen es zu den bestehenden Gedenkstätten stehen soll; ob das Land Berlin oder der Bund für den Schutz des Mahnmals zuständig ist und ob der geplante benachbarte Neubau der US-Botschaft am Pariser Platz mit seiner angeblich unabdingbar notwendigen erweiterten Sicherheitszone eine Verkleinerung oder Verschiebung des Mahnmals-Areals insgesamt oder eine Verlegung des Informations-Gebäudes in den Nachbarblock oder unter die Erde erforderlich macht.

Offen ist weiterhin die Finanzierung des gesamten Vorhabens. Sowohl der Bund als auch das Land Berlin erklärten nach der Parlamentsentscheidung, daß ihre damals zugesagten Anteile (jeweils vier bis fünf Millionen) durch das Verfahren weitgehend verbraucht seien. Die Zusage des Förderkreises, seinen Anteil durch Spenden aufzubringen, war immer schon als eher waghalsig betrachtet und in dem Maße, wie das Mahnmal sich vom privaten zum nationalen Projekt wandelte, auch nicht mehr eingefordert worden. Wieviel zu den veranschlagten 15 Millionen nun noch dazukommen sollen, hängt wiederum vom Konzept des geplanten Informationshauses ab. Der Förderkreis hat einen 14 Meter hohen "Förderturm" auf dem Mahnmals-Areal errichtet, der zu Spenden auffordert.

Ungeklärt ist auch der Zeitplan insgesamt. Stiftungsgesetz oder Stiftungserlaß, Art der Stiftungsgründung und Zusammensetzung der Stiftungsgremien (insbesondere die Frage, wie stark der Förderkreis beteiligt wird), Bebauungsplan-Verfahren und Erstellung der Haushaltsunterlagen sind mit zeitaufwendigen bürokratischen Prozeduren verbunden. Daher kann die geplante Grundsteinlegung am 27. Januar nur eine symbolische sein. Offensichtlich findet die Auseinandersetzung nunmehr auf der politischen Ebene statt. Inhaltliche Fragen werden zunächst als Machtfragen ausgetragen. Anstatt an der Präzisierung von Aufgabe und Funktion der geplanten Gedenkstätte zu arbeiten, wird moralisch argumentiert, faktisch jedoch vor allem um Proporz gestritten.

Während der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Jüdische Gemeinde Berlin und voraussichtlich auch das noch um sein eigenes inhaltliches Profil schwer ringende Jüdische Museum in den Stiftungsgremien vertreten sein sollen, werden die Sinti und Roma erneut auf schlimme Weise brüskiert. Nicht nur wird – trotz der allgemeinen Absichtserklärung im Bundestag, auch die anderen Opfergruppen zu würdigen – der Zentralrat der Sinti und Roma von allen Stiftungs-Vorbereitungen ausgeschlossen; hinzu kommt, daß die Berliner Senatskanzlei offensichtlich meinte, den Beteiligungswünschen dieser Bevölkerungsgruppe, aus deren Mitte Hunderttausende in der NS-Zeit ermordet wurden, am besten einen Riegel vorschieben zu können, indem sie ein Dementi abgebe: ein eigenes Mahnmal sei ihnen doch niemals versprochen worden. So kurz kann das politische Gedächtnis sein, wenn das Kalkül es erfordert. Bei der Ausschreibung für den offenen Mahnmalswettbewerb hatten die Künstler noch ganz offiziell den versprochenen Standort für das Sinti- und Roma-Denkmal südlich des Reichstags in Augenschein nehmen können. Ein Wettbewerb hierfür war 1995 von der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen angekündigt worden, gerade weil ein gemeinsames “Holocaust”-Mahnmal an der ablehnenden Haltung des Förderkreises und der jüdischen Repräsentanten gescheitert war. Die in der Bundestagsdebatte so nachdrücklich beschworene “Versöhnung” wird für die auch heute noch gesellschaftlich verdrängten Opfergruppen offensichtlich als weniger dringlich angesehen.

Zum Schluß dieser Zwischenbilanz soll noch auf drei Publikationen des Philo Verlags hingewiesen werden.

Gerade rechtzeitig zur Bundestagsdebatte erschien das Buch “Der Denkmalsstreit – das Denkmal? Die Debatte um das “Denkmal für die ermordeten Juden Europas”. Eine Dokumentation – wobei der Ausdruck Buch ein gehöriges understatement ist: viereinhalb Kilo schwer, 1298 Seiten dick und von zarten Händen kaum zu halten.

“Was Sie schon immer über das Holocaust-Mahnmal wissen wollten...” – natürlich ist nicht alles in diesem Buch enthalten, aber eine breitgefächerte Auswahl an Standpunkten, Forderungen, Konzepten und Kommentaren. Die Herausgeber Ute Heimrod, Günter Schlusche und Horst Seferens, alle drei in unterschiedlicher Weise mit dem Thema beruflich verbunden, bieten mit ihrer Materialsammlung eine profunde Grundlage für zukünftige Analysen und Bewertungen. Die emotionsgeladene Kontroverse der späten achtziger Jahre, deren Zu-

spitzung nur nachvollziehbar ist im Zusammenhang mit der Vorgeschichte, nämlich der Auseinandersetzung um die Gestaltung des Gestapo-Geländes, wird ebenso dokumentiert wie die wichtigsten Inhalte der verschiedenen Findungsverfahren und des dreistufigen Colloquiums.

Das Buch macht die Etappen von Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung nachvollziehbar. Es präsentiert nicht einseitig die Stellungnahmen der Initiatoren oder die der Mahnmalsgegner, sondern bemüht sich um Objektivität, die bei diesem Thema besonders schwierig ist. Mit der Vielzahl der reflektierten skeptischen oder ablehnenden Beiträge zeigt es auch, daß die Kritiker des Mahnmalsprojektes nicht, wie die Initiatorin Lea Rosh es immer darzustellen versuchte und wie es leider auch in der Bundestags-Abstimmung anklang, als Gegner der Erinnerung oder gar als Antisemiten diffamiert werden dürfen. Deutlich wird vielmehr der Gesamtkontext von Erinnerungsarbeit, Gedenkstättennetzwerk und Problematik politischer Prioritätensetzung.

Das Buch, das sich wohl vor allem Bibliotheken und Institutionen anschaffen werden, ist in der Philo Verlagsgesellschaft erschienen, einer Wiederbelebung des traditionsreichen "Jüdischen Buchverlags und Buchvertriebs", der 1919 vom "Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" in Berlin-Wilmersdorf gegründet und 1938 von der Gestapo geschlossen wurde. Das letzte Buch, das damals erschien, war der "Philo-Atlas", ein Handbuch für jüdische Auswanderung. Die Verlagsgründerin Lucia Jacoby wurde in Auschwitz ermordet.

So bewundernswert es ist, daß der Philo Verlag dieses umfangreiche Buchprojekt aus eigener Kraft zustande gebracht hat, so sehr erstaunt, daß im selben Verlag drei Monate später ein Buch erschien, das die Bemühungen des erstgenannten um Sachlichkeit und Fairness geradezu konterkariert. Lea Rosh hat unter dem Titel ‚Die Juden, das sind doch die anderen.‘ Der Streit um ein deutsches Denkmal (mit Beiträgen von Eberhard Jäckel, Tilman Fichter, Jakob Schulze-Rohr, Wolfgang Ullman) ihre ganz persönliche Abrechnungsgeschichte mit den Kritikern ihrer Mahnmals-Idee zu Papier gebracht. Der Leser gewinnt den Eindruck, sie habe ständig ein verstecktes Mikrophon bei sich gehabt, so durchsetzt mit wörtlicher Rede ist ihr flott geschriebener Bericht aus zehn Jahren. Während diese Schreibweise als Eigenheit ihrer journalistischen Handschrift unterschiedlich beurteilt werden kann, so machen ihre Affronts und Unterstellungen gegenüber ihren vermeintlichen Feinden aus einem persönlich angelegten Rückblick eine peinliche und für all die, die sich richtig erinnern, auch ärgerliche Lektüre. Die Autorin dieses "Kunststadt Stadtkunst"-Artikels befindet sich dabei gemeinsam mit

Walter Jens, Salomon Korn, Rafael Seligmann, Ulrich Eckhardt, Ulrich Roloff-Momin und anderen in der Gruppe der Haupt-Feinde, also in bester Gesellschaft, erwägt jedoch gegen den Philo Verlag eine Unterlassungsklage für eine auf die Berufsehre zielende verleumderische Falschaussage.

Daß Lea Rosh sich und dem Mahnmals-Projekt mit diesem Buch mehr geschadet statt genützt hat, ist von ihr selbst zu verantworten, doch die Frage nach der Sorgfaltspflicht des Verlagslektorats ist damit nicht beantwortet. Während Salomon Korn von Lea Rosh hier auf höhnische Weise schlechtgemacht wird, erscheint im selben Verlag sein Buch "Geteilte Erinnerung", das neben Texten aus unterschiedlichen Zeitetappen auch seine zugleich zugespitzte als auch sachlich-kluge Analyse der Mahnmals-Kontroverse enthält.

P.S. Die Ära der gesamtdeutschen nationalen Denkmalsprojekte hat offensichtlich gerade erst begonnen. Die Realisierung des "Denkmals 17. Juni 1953" ist in die Wege geleitet. Ende 1998 hat sich eine Initiative für ein nationales "Denkmal der deutschen Einheit" gebildet. Und im Mai 1999 forderte die CDU auf dem Sudetendeutschen Tag ein nationales "Denkmal der Heimatvertriebenen". Beide sollen ebenfalls in Berlin errichtet werden.